

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1952

4 (5.1.1952)

ETTLINGER ZEITUNG

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Pf. — (Preisliste Nr. 3.) (Tel. aufgeb. Inserate ohne Gewähr.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

Badischer Landsmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Erscheinungsweise: Tägl. mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.50 DM, zuzüglich 54 Pf. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pf., samstags 20 Pf. — Frei Haus 2.80, im Verlag abgeholt 2.50 DM

4./53. Jahrgang

Samstag, den 5. Januar 1952

Nr. 4

Verhandlung gegen KPD nicht vor März

Karlsruhe (UP). Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Prof. Höpker-Asohoff, erklärte einem Korrespondenten, das Bundesverfassungsgericht müsse nach den einschlägigen Vorschriften des Gesetzes zunächst einmal darüber entscheiden, ob die Verhandlung der Verfassungsklage gegen die KPD durchgeführt werden kann. Diese Entscheidung werde voraussichtlich Mitte Januar getroffen werden. Sollte dann die Verhandlung angeordnet werden, so ist nach Ansicht Höpker-Asohoffs mit deren Durchführung wohl kaum vor Ende März oder Anfang April zu rechnen. Die Stellungnahme der Sozialistischen Reichspartei (SRP) zu der Klage der Bundesregierung ist beim Verfassungsgericht eingetroffen. Der SRP nahestehende Kreise sind der Auffassung, daß in der Stellungnahme der SRP sämtliche Anklagepunkte widerlegt worden seien.

Das erste Schuldort im Bundesgebiet

Darmstadt (UP). Mit dem Bau des ersten Schuldortes im Bundesgebiet, einer Schulstiftung, die über 1000 Schüler und Schülerinnen aufnehmen kann, soll im Frühjahr an der Bergstraße begonnen werden. Das 3,2-Millionen-Projekt soll in etwa zwei Jahren fertiggestellt und mit Mitteln der Regierung, der öffentlichen Verwaltung sowie Zuschüssen der US-Hochkommission finanziert werden. In dem Schuldort sollen neben zwei Grundschulen auch landwirtschaftliche und handwerkliche Berufsschulen, eine Hauswirtschaftsschule, eine Hilfsschule und eine höhere Schule (Internat) errichtet werden.

François-Poncet begnadigt 27 Gefangene

Weitere 35 Entlassungen in Landsberg

Mainz (UP). Der französische Hochkommissar François-Poncet hat einem Gesuch des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Altmayer entsprochen und 27 deutsche Strafgefangene begnadigt, die von französischen Justizbehörden verurteilt worden waren. Weitere 18 Strafgefangene erhielten einen Straferlaß bis zu 10 Jahren. Gleichzeitig hat der französische Hochkommissar angekündigt, daß er in den ersten Monaten des neuen Jahres weitere Gnadenanträge der deutschen Gefangenen prüfen wird, die noch in den Strafanstalten der französischen Besatzungsmacht in Wittlich und Germerheim inhaftiert sind. In einem Schreiben an Ministerpräsident Altmayer bittet François-Poncet, weitere Häftlinge namhaft zu machen, deren Begnadigung vertretbar erscheine.

Wie verlautet, handelt es sich bei den jetzt freigelassenen um Personen, die sich gegen die französischen Militärgesetze vergingen hatten und deren Straftat ohnehin in den Jahren 1952 oder 1953 abgeblüht wäre. Für die Begnadigungen wurden insbesondere solche Gefangene ausgesucht, deren Gesundheit durch Kriegsgefangenschaft ernstlich gelitten hat, die das 60. Lebensjahr erreicht haben, sowie Verurteilte, deren Angehörige sich in einem besonderen sozialen Notstand befinden.

Auch der Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte in Europa, General Handy, hat erneut deutsche Häftlinge begnadigt, die wegen „Kriegsverbrechen“ zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt worden waren. Von 35 Gefangenen, die begnadigt wurden, sind bereits 12 aus dem Landsberger Gefängnis entlassen worden. Die übrigen sollen bis zum 18. Januar freigelassen werden.



Abd el Fattah Amr Pascha der ehemalige ägyptische Botschafter in London, wurde von König Faruk in das ägyptische Kabinett aufgenommen. Amr Pascha gilt als englandfreundlich.

Aufregung um Hallstein und Blank

McCloy und François-Poncet beim Bundeskanzler - Paris „auf das Äußerste erstaunt“

Bonn (UP). Die Hochkommissare der USA und Frankreichs suchten am Freitag vormittag überraschend den Bundeskanzler im Palais Schaumburg auf, um sich mit ihm und Staatssekretär Hallstein über eine Reihe aktueller Probleme auszusprechen.

Ein Besuch des Sicherheitskommissars Blank in Holland soll dabei ebenso Gegenstand der Erörterungen gewesen sein, wie die in Paris bereits offiziell kritisierten Äußerungen Hallsteins vor der Bundespresskonferenz über eine Mitgliedschaft der Bundesrepublik im Atlantikpakt. Während der Bundeskanzler im Verlauf des Gesprächs mit McCloy nach Angaben amerikanischer Kreise Gelegenheit nahm, über den Verlauf und das Ergebnis der letzten Pariser Außenminister-Konferenz über die Europa-Armee zu berichten und die Gründe für die überraschende Reise Blank nach den Niederlanden darzulegen, soll sich wiederum um die Erklärungen Hallsteins die Unterhaltung mit François-Poncet dreht haben. Die erste offizielle Konferenz des Kanzlers mit den Hochkommissaren im neuen Jahr war an sich erst für kommenden Dienstag vorgesehen.

Hallsteins Bemerkungen über eine deutsche Mitgliedschaft im Atlantikpakt sind in Paris unverblümt abgelehnt worden. Das französische Außenministerium teilte mit, man sei „auf das Äußerste erstaunt“ über die optimistischen Ausführungen des Staatssekretärs. Eine eventuelle Aufnahme Deutschlands in den Atlantikpakt sei bei den Besprechungen der sechs Nationen zur Bildung der Europa-Armee in keiner Weise erwähnt worden. Selbst wenn aber dieser Punkt berührt worden sei, so müsse die Aufnahme Deutschlands von allen zwölf NATO-Ländern einstimmig gebilligt und von deren Parlamenten ratifiziert werden. Im Augenblick könne jedoch von einer Einstimmigkeit keine Rede sein.

Ebenso Kopfzerbrechen scheint den Franzosen die Holland-Reise des Sicherheitskommissars Blank zu bereiten. Blank hat sich am Donnerstag in Begleitung militärischer Sachverständiger nach Den Haag begeben, um dort in erster Linie Budget-Fragen im Zusammenhang mit der geplanten Europa-Armee zu erörtern und den Versuch zu unternehmen, holländische Regierungsvertreter im Sinne der deutsch-französischen Linie zu einer Änderung ihrer Haltung gegenüber dem Finanzierungsproblem zu bewegen. In Bonn wird mit Nachdruck darauf verwiesen, daß diese Reise Blank „im Sinne der deutsch-französischen“ Gedankengänge erfolgt sei. Die deutsch-holländischen Besprechungen haben, wie verlautet, zu einer „gewissen Klärung“ geführt. Ein Beamter des holländischen Außenministeriums sagte jedoch, seine Regierung habe gegenüber den deutschen Wün-

schen keine Zugeständnisse gemacht. Holland wolle sich nicht von dem belgischen Standpunkt zu dem Budgetproblem distanzieren. Zur gleichen Zeit erörterte Staatssekretär Hallstein mit den deutschen Botschaftern und Gesandten in den Benelux-Ländern in Bonn das Ergebnis der letzten Außenminister-Konferenz über die Europa-Armee, bei der sich bekanntlich vor allem Belgien, Holland und Luxemburg gegen verschiedene Vorschläge der „Großen Drei“ hinsichtlich der Finanzierung der Verteidigungsgemeinschaft gewandt hatten.

Den Franzosen scheint, nach den Äußerungen des Quai d'Orsay zu Hallsteins Erklärungen und dem unerwarteten Besuch François-Poncets bei Adenauer, die deutsche Aktivität auf dem Gebiet der Europa-Armee nicht sonderlich gelegen gekommen zu sein.

Zuschuß auch für britische Schutztruppen

Wie amtliche britische Kreise in Bonn erklärten, soll die britische Regierung auf einen deutschen Beitrag zum Unterhalt der britischen Streitkräfte in der Bundesrepublik auch nach dem Inkrafttreten des Generalvertrags nicht verzichten können. Die britische Wirtschaft sei bis zur äußersten Grenze ihrer Leistungsfähigkeit für Verteidigungszwecke eingespannt. Nach britischer Auffassung soll die Bundesrepublik auch einen Teil der Kosten für die Unterhaltung amerikanischer und englischer Schutztruppen in Deutschland tragen. Der deutsche Beitrag werde jedoch so sparsam bemessen, wie er sich mit den militärischen Erfordernissen verhalte.

US-Handelsattaché für Bonn ernannt

Als ersten Schritt zur Einrichtung einer amerikanischen Botschaft in der Bundesrepublik haben die USA einen Handelsattaché für die Bundesrepublik ernannt. Wie die US-Hochkommission bekanntgab, wurde zum ersten Handelsattaché der Vereinigten Staaten im Nachkriegsdeutschland Carl H. Boehringer ernannt. Boehringer gehört dem US-Außenministerium seit dem 1. Juli 1939 an und hat sich als Berufsdiplomat vor allem mit Wirtschafts- und Handelsfragen beschäftigt. Er war bis vor kurzem in Japan, wo er als Sachverständiger für Wirtschaftsangelegenheiten im Amt des amerikanischen politischen Beraters tätig war. Das Büro des Handelsattachés befindet sich in dem Amtsgebäude der US-Hochkommission in Mehlem bei Bonn.

OEEC wird „Europäischer Wirtschaftsrat“

Bonn (UP). Die deutsche Bezeichnung für „OEEC“ wird in Zukunft „Europäischer Wirtschaftsrat in Paris“ heißen, wie das Marshallplan-Ministerium in Bonn mitteilte. Die bisherige Bezeichnung „Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit“ habe häufig zu Mißverständnissen geführt.

Eden will „zivilen Eisenhower“

Reorganisation der NATO erstrebt - Bildung geographischer Einheiten?

Washington (UP). Churchill und Eden werden bei Truman u.a. auf eine Reorganisation der NATO, der politisch-wirtschaftlichen Organisation der Atlantikpaktmitglieder, drängen und als Gegenstück zum Hauptquartier Eisenhowers eine Art Kabinett mit einem zivilen „Oberkommandierenden“ an der Spitze fordern.

Besonders Außenminister Eden soll auf der letzten Konferenz des Atlantikrates in Rom über die Unzahl der Delegierten entsetzt gewesen sein, die sich zu den geheimen Plenarsitzungen drängten. Eden ist der Ansicht, daß auf solchen „Massenveranstaltungen“ — und die Erfahrung hat ihm recht gegeben — keine schnellen und wirksamen Entschlüsse zu fassen seien. Die britischen Minister verlangen deshalb die Einsetzung eines „zivilen Eisenhowers“, eines Vorsitzenden eines Rates, dessen Mitglieder mit großer Machtbefugnis ausgestattet sein sollen. Man weist darauf hin, daß der Verwaltungsapparat der NATO schon so groß geworden sei, daß noch nicht einmal die Mitglieder selbst wissen, wieviele Unterausschüsse er hat.

Eden verfolgt dabei noch ein geographisches Ziel: Die kontinentalen europäischen Mächte sollen innerhalb des Atlantikpaktes als europäische Gemeinschaft auftreten. An Stelle von neun Einzelstaaten (einschließlich Island) soll die europäische Gemeinschaft einheitlich als Partner neben den überseeischen Mitgliedern USA, Kanada und Großbritannien stehen.

Das Pariser Außenministerium gab bekannt, daß Frankreich darum gebeten hat, die für den 2. Februar in Lissabon angesetzte Tagung des Außenministerrats der Atlantikpakt-Staaten um eine Woche zu verschieben. Nach Mitteilung von informierter Seite will die französische Regierung der Nationalversammlung Gelegenheit geben, vor der Lissaboner Tagung eine Debatte über die geplante europäische Armee und die Aufnahme der Türkei und Griechenlands in den Atlantikpakt abzuhalten. Der Präsident des Atlantikrats, der kanadische Außenminister Pearson, wird sich wahrscheinlich mit dem französischen Antrag einverstanden erklären. Er wird sich jedoch

vorher mit dem Vorsitzenden des Stellvertreter-Rates, dem Amerikaner Spofford, beraten, der zu diesem Zweck von Washington nach Ottawa fliegt. Die amerikanische Regierung soll gegen jede Verzögerung der Konferenz sein.

US-Außenminister Acheson erklärte auf seiner wöchentlichen Pressekonferenz in Washington, Wyszynski verfolge mit seinem Vorschlag nur den Zweck, die bereits erzielten Fortschritte in den Waffenstillstandsverhandlungen zunichte zu machen. Die USA würden bei der Abstimmung im Ausschuß gegen die Resolution Wyszynskis stimmen. Die Behandlung der komplizierten Verhandlungen zu dieser Zeit dem Sicherheitsrat zu übertragen, käme einer Katastrophe gleich. Der Fortschritt in Pan Mun Jon sei zwar langsam gewesen, aber immerhin ein Fortschritt.

Generaldirektor Rüdiger Schmidt aus Esser ist zum Berater des Bundeswirtschaftsministeriums in Fragen des Schumanplans und der Industrieentwicklung ernannt worden.

Papst Plus XII. hat Bundespräsident Heuss und Bundeskanzler Dr. Adenauer für die ihr übermittelten Neujahrsglückwünsche telegraphisch gedankt.

46 715 illegale Grenzgänger aus der Ostzone beantragten im Jahre 1951 in der Bundesrepublik das Asylrecht. Die Zahl ist gegenüber 1950 um 13 404 zurückgegangen.

Yakov Suritz, der ehemalige sowjetische Botschafter in Deutschland, ist im Alter von 70 Jahren gestorben.

Der französische Ministerpräsident Plevin verband die weiteren Abstimmungen der Nationalversammlung über seine Finanz- und Wirtschaftsmaßnahmen erneut mit der Vertrauensfrage.

25 Millionen Dollar wollen die USA, Großbritannien und Frankreich dem jugoslawischen Staat zukommen lassen.

Jugoslawien hat der japanischen Regierung die Aufnahme von Verhandlungen über die Beendigung des Kriegszustandes vorgeschlagen.

Die sowjetische Sphinx

Von Louis Fischer

Der Autor unseres Artikels, ein bekannter amerikanischer Historiker und Publizist, hat soeben eine Stalin-Biographie beendet. Das Fazit seiner langjährigen Studien sog er in nachfolgender Prognose:

Meine gründlichen Studien des Lebens des Beherrschers der Sowjetunion haben eine Erkenntnis besonders klar zutage treten lassen: Stalin riskiert nichts und er läßt sich auf kein politisches Glücksspiel ein. Im Hinblick auf die rasche Wiederaufrüstung des Westens wäre ein von der Sowjetunion nach dem Januar 1953 begonnener Krieg ein Glücksspiel mit der Existenz des Sowjetismus und der Zukunft des internationalen Kommunismus. Selbst ein 1952 von Moskau provoziertes Weltkrieg würde unverzüglich so katastrophale Vergeltungsmaßnahmen nach sich ziehen, daß Stalin mit seiner angeborenen Vorsicht und Scheu, ein echtes Risiko auf sich zu nehmen, es vermeiden dürfte, den letzten entscheidenden Schritt zu tun. Dies führt zu dem Schluß, daß ein Weltkrieg nach dem Januar 1953 höchst unwahrscheinlich und im Jahre 1952 kaum zu erwarten, obwohl nicht ausgeschlossen ist.

Die Spannung zwischen der Sowjetunion und den USA wird jedoch andauern. Rußland ist heute wie seit 1939 ein Land mit expansiven Tendenzen. Sowohl in dieser als auch in manch anderer Hinsicht folgt das sowjetische System dem Beispiel der Zaren. Zu verschiedenen Zeiten in der Geschichte Europas und des Fernen Ostens haben die Zaren versucht, ihre Herrschaftsgebiete in diesen Regionen, einschließlich des Nahen Ostens, zu erweitern. Im Fernen Osten stellte sich Japan ihnen entgegen, während im Nahen Osten Großbritannien und in Europa Deutschland dem Expansionsstreben Rußlands Einhalt geboten. Heute spielen die USA die Rolle Japans, Großbritannien und Deutschlands an allen Druckstellen des sowjetischen Reiches.

Darum richtet sich heute die Feindschaft der sowjetischen Beherrscher Rußlands in besonders starkem Maße gegen die USA und ihre Verbündeten. Diese Feindschaft wird zweifellos andauern und auch weiterhin zu Spannungen, jedoch nicht zu einem wirklichen Krieg führen. Mit Korea wurde die amerikanische Bereitschaft, sowjetisch inspirierten Aggressionen entgegenzutreten, auf die Probe gestellt, und alle Anzeichen sprechen dafür, daß diese Stalin von der Notwendigkeit überzeugt hat, in Zukunft selbst mit dem Blut seiner Satelliten vorsichtiger disponieren zu müssen. Darüber hinaus hat der Krieg in Korea die USA veranlaßt, militärisch und industriell zu mobilisieren, und es scheint, als sei Stalin mit den Folgen seiner eigenen Politik keineswegs zufrieden.

Die Kosten der Wiederbewaffnung und Aufrüstung des Westens sind hoch. In den USA hat die Aufrüstung zu einer Furcht vor Inflation geführt und in Europa zu einer beträchtlichen Inflation und Unzufriedenheit. Trotzdem wird sie weitergeführt und im Jahre 1953, spätestens 1954, ihren Höhepunkt erreicht haben.

Es darf nicht übersehen werden, daß die sowjetische Wirtschaft in vielen Punkten der kapitalistischen ähnelt und auch sie für die Aufrüstung einen hohen Preis zu zahlen hat. Die Spannungen innerhalb der Sowjetunion selbst sind groß. Der von Stalin im Jahre 1934 erweckte Nationalismus, die Haupttriebkraft des heutigen sowjetischen Imperialismus, hat gleichzeitig zu beträchtlichen Reibungen zwischen den Russen, die etwa die Hälfte der Bevölkerung des Sowjetreiches ausmachen, und den anderen Nationalitäten, die in der Rolle von Minderheiten gedrängt wurden, geführt. Diese Erscheinung spiegelt sich oft in der sowjetischen Presse wider.

Darüber hinaus ist das Ernährungsproblem ungelöst geblieben. Die landwirtschaftlichen Kollektive sind so unzufrieden und infolgedessen so leistungsunfähig, daß Stalin im Jahre 1950 versuchte, sie zu reorganisieren und durch „Landwirtschaftsstädte“ zu ersetzen. Ziel dieses Versuchs war eine noch strengere Erfassung und Kasernierung der Bauern, als sie im Kollektiv möglich war. Der von den Kollektivbauern hiergegen geleistete Widerstand zwang Stalin jedoch, die Idee der „Landwirtschaftsstädte“ als Produktionszentren aufzugeben.

Die sowjetischen Industrien folgen immer noch den von Stalin im Jahre 1946 niedergelegten Richtlinien; sie versuchen, die bis zum Jahre 1961 gesteckten Ziele zu erreichen. Danach soll ihre Kapazität auf 50 000 000 Tonnen Stahl, 500 000 000 Tonnen Kohle und 60 000 000 Tonnen Öl pro Jahr erhöht werden. Die Fortschritte, die zur Erreichung dieses Zieles gemacht wurden, gehen auf Kosten der Leichtindustrie, die den zivilen Bedarf der Bevölkerung zu decken hat.

Bis vor kurzem wurde dieser Mangel auf dem zivilen Sektor der Bedarfsdeckung durch

Importe aus den Satellitenstaaten wettgemacht, die ihre Waren zu lächerlich geringen Preisen und gegen Bezahlung in sowjetischer Währung liefern mußten. Diese Quelle versiegt jedoch allmählich, weil die Sowjetmacht-haber die Satelliten zwingen, ihre auf Leichtindustrien basierende Wirtschaftsstruktur vollkommen zu verändern und zur Schwerindustrie überzugehen, um die Sowjetunion mit Waffen, Panzerplatten, Tanks, Werkzeugmaschinen usw. zu versorgen. Mit dieser Umstellung geht in den Satellitenstaaten eine beträchtliche Senkung des Lebensstandards Hand in Hand, womit ein nicht unwichtiges politisches Ziel der Sowjets erfüllt wird. Es geht nämlich nach ihrer Auffassung nicht an, daß das Mutterland ärmer ist als seine Kolonien. Diese Entwicklung hat jedoch in den Satellitenstaaten erhebliche innere Spannungen ausgelöst, deren Ergebnis ununterbrochene Säuberungen in den Reihen der führenden Kommunisten sind, denen pro-amerikanische Einstellung, Haß gegen das System und Nationalismus vorgeworfen werden.

Angesichts dieser Schwierigkeiten ist die Sowjetunion noch nicht bereit, Krieg zu führen. Trotzdem führt Stalin seine Industrialisierungspläne konsequent weiter, da er der Ansicht ist, nur eine hochindustrialisierte Sowjetunion könne in einer langanhaltenden Friedensperiode den wirtschaftlichen Wettkampf mit der nicht-sowjetischen Welt aushalten.

Die Zukunftsaussichten können also dahin gedeutet werden, daß zwischen diesen zwei Welten ein Duell ausgetragen wird, das möglicherweise erst in Jahrzehnten zeigen wird, welches der beiden Weltssysteme dem anderen überlegen ist. Stalin glaubt, daß gesellschaftliche Kräfte innerhalb der Länder des Westens dazu beitragen werden, die relative Macht der Sowjetunion zu stärken. Die Schwäche der westlichen Welt liegt nämlich darin, daß es von Gibraltar bis nach Singapur eine ganze Anzahl von Staaten gibt, einschließlich Spanien, Italien und Griechenland, die entweder vollkommen oder teilweise noch Feudalstaaten sind; dieser Feudalismus muß aber nach Stalins Theorie Revolutionen herausfordern.

Eine politische und wirtschaftliche Stabilität ist in Ländern wie Persien oder Ägypten in der Tat kaum zu erwarten, solange die Bevölkerung lediglich aus einer Masse armer Analphabeten und einer dünnen Schicht unentschlossener und korrupter Reicher besteht. In Staaten mit dieser Struktur werden die Massen stets auf die Sirenenklänge Moskaus lauschen; Stalin wird so lange an die Ausweitung der sowjetischen Machtsphäre glauben und sein Expansionsstreben für gerechtfertigt halten, als in diesen Staaten die überfällige soziale Revolution nicht durchgeführt wurde. Diese Revolution, deren Ziel es sein muß, diese Länder zu industrialisieren, um eine mittelständische Arbeiterschicht zu schaffen, und durch Bodenreform das Land gerecht aufzuteilen, muß von Amerika und anderer fortschrittlichen Staaten gefördert werden. Dann, und nur dann, wird die Sowjetunion ihre imperialistischen Bestrebungen aufgeben wenn die Struktur dieser bisher feudalen Staaten geändert wird. Bis dahin muß die Welt damit rechnen, daß der „Kalte Krieg“ fortgeführt wird.

Niemöller doch „amtlich“ in Moskau
Die ersten Besprechungen — Politische Debatte angeblich nicht vorgesehen

Moskau (UP). Pastor Niemöller hatte seine ersten Unterredungen in der russischen Hauptstadt. Er wurde vom Oberhaupt der griechisch-orthodoxen Kirche in Rußland, Patriarch Alexis, in dessen Moskauer Residenz empfangen. Vor diesem Besuch hatte Pastor Niemöller eine Unterredung mit dem Botschafter der Deutschen Demokratischen Republik, Rudolf Appell.

Niemöller bezeichnete die Resultate der Unterredung als „gut“, teilte jedoch nichts über den Inhalt der Gespräche mit. Wie verlautet, soll das Hauptthema des Gesprächs die Möglichkeit einer Annäherung zwischen der russischen orthodoxen Kirche und der westlichen protestantischen Kirche gewesen sein. Am Samstag wird Niemöller mit dem Ausschuss für kirchliche Angelegenheiten zusammenkommen und anschließend beim Ausschuss der sowjetischen Friedenspartisanen vorsprechen.

Einem Vertreter der United Press gegenüber äußerte Niemöller, daß an seine Einladung nach Moskau seitens der russisch-orthodoxen Kirche keinerlei Bedingungen geknüpft gewesen seien. Als erste Persönlichkeit Westdeutschlands, die eine derartige Einladung erhielt, habe er darin eine Gelegenheit erblickt, die nicht ungenutzt bleiben dürfe.

Niemöller meinte, daß sich die Hierarchie der russisch-orthodoxen Kirche der internationalen Krisenlage wohl bewusst sei. Sie sei natürlich an einer Vermiedung eines neuen Krieges interessiert. Offenbar erstrebe sie deshalb die Zusammenarbeit mit irgendwelchen Kirchen im Westen, um für die Erhaltung des Friedens in Ost und West zu arbeiten.

Außerdem behauptete Niemöller, daß er sowohl in seiner amtlichen Eigenschaft als Kirchenpräsident als auch als Privatmann spreche, der sich der Lage Deutschlands zwischen West und Ost bewußt sei. Deutschland könne nicht mit dem Westen allein Frieden schließen, sondern müsse sowohl mit seinen westlichen Nachbarn als auch mit der Sowjetunion zu einem Modus vivendi gelangen.

Eine kommunistische Invasion, die zu gleicher Zeit in China, Indien, Burma und Malaya durchgeführt werden soll, wird nach Angaben des nationalchinesischen Verteidigungsministeriums zur Zeit in Rotchina vorbereitet.

Stalin möchte Churchill und Truman treffen

Zur Regelung des Fernost-Konflikts bereit? — Europa erst in zweiter Linie

Paris (UP). Ein hochgestellter Gewährsmann aus einem Lande hinter dem Eisernen Vorhang versicherte in Paris, daß Stalin an einem Treffen mit dem Regierungschef Großbritanniens und der USA viel gelegen sei.

Stalin sei auch bereit, zum Zweck einer derartigen Zusammenkunft die Sowjetunion zu verlassen, vorausgesetzt, daß der Ort des Treffens nicht allzuweit von der sowjetischen Grenze entfernt sei. Stockholm oder eine andere Stadt mit ähnlichen Voraussetzungen sei für Stalin als Treffpunkt wahrscheinlich annehmbar. Am liebsten würde er jedoch nach Berlin oder Prag gehen, doch wisse man in Moskau, daß der Westen mit keinem dieser beiden Orte einverstanden sei.

Ausgehend von der Vermutung, daß direkte Besprechungen zwischen den Regierungschefs der Großmächte viel zu einer Verminderung der Spannungen beitragen könnten, glaubt man in Moskau vor allem, daß eine Regelung im Fernen Osten leichter zu erzielen wäre als in Europa. Die Sowjetunion — so behauptet unser Gewährsmann — sei unter Umständen bereit, sich mit dem status quo in Japan und dem japanischen Friedensvertrag einverstanden zu erklären, falls die amerikanische Regierung ihrerseits die kommunistische Regierung Chinas anerkenne, und der Westen ver-

spreche, den Ereignissen in China ohne jede Einmischung ihren Lauf zu lassen. Allerdings müsse der Westen dann auch anerkennen, daß Formosa zu China gehöre und damit der Regierung in Peking unterstehe. Auf diese Weise wolle Moskau die Interessensphären im Fernen Osten abgrenzen und damit eine Verminderung der Spannungen in diesem Gebiet erreichen.

Weit schwerer sei nach Stalins Ansicht eine Bereinigung der Situation in Europa und insbesondere in Deutschland. Am liebsten sei ihm eine Wiedervereinigung Deutschlands unter einer gesamtdeutschen Regierung sowie eine „Neutralisierung“ dieses Landes bei Abzug sämtlicher Besatzungstruppen. Die größte Sorge des Kremls sei weniger die gesamt-europäische, als vielmehr die deutsche Ausrüstung, da Moskau fürchte, daß Deutschland dann schnell wieder zum bestimmenden Faktor in Europa werden könnte.

Den Abschluß des österreichischen Staatsvertrags werde die Sowjetunion so lange verhindern, bis eine Einigung über Deutschland erzielt worden sei. In Moskau sähe man die Österreich-Frage nur als Anhängsel des deutschen Problems an, und fürchte, daß der Westen in Österreich Stützpunkte errichte, sobald die Sowjettruppen dort abgezogen seien.

USA lehnen Wyschinski-Vorschlag ab

„Torpedierung“ der Verhandlungen in Pan Mun Jon befürchtet

Paris (UP). Der Vorschlag des sowjetischen Außenministers Wyschinski, der Sicherheitsrat solle versuchen, den toten Punkt in den koreanischen Waffenstillstandsbesprechungen zu überwinden, hat bei der UN-Versammlung unterschiedliche Aufnahme gefunden.

Der amerikanische Delegierte Benjamin Cohen gab bereits bekannt, daß er den Vorschlag ablehnen werde, und die Vertreter Frankreichs und Großbritanniens werden zweifelsohne die gleiche Haltung einnehmen — wenn auch zumindest Frankreich ein gewisses Interesse am Vorschlag Wyschinskis bezeugt. Jedenfalls fragte der französische Delegierte Chauvel am Freitag den sowjetischen Außenminister, ob die Sowjetunion bereit sei, bei den von ihr angeregten Beratungen des Sicherheitsrats eine andere Haltung einzunehmen als bisher. Die sechs Staaten des arabischen Blocks sowie verschiedene asiatische und südamerikanische Länder haben bereits zu verstehen gegeben, daß sie den Vorschlag Wyschinskis gutheißen. Mehrere dieser Nationen wollen aber eine Debatte des Sicherheitsrats über Korea nur dann billigen, wenn die Sowjetunion ihre damit verbundene Forderung nach Abschaffung der UN-Kommission für Maßnahmen der kollektiven Sicherheit aufgibt.

Als der Politische Hauptausschuss eine Debatte über den Acheson-Plan eröffnete, standen 28 Delegierte auf der Redebank. Es werden somit einige Tage vergehen, ehe über

die Eilmächte-Sicherheitsresolution und den sowjetischen Vorschlag abgestimmt werden kann. Als erster Redner sprach sich der peruanische Delegierte Belaunde gegen den Vorschlag Wyschinski aus, während die tschechoslowakische Chefdelegierte Sekaninova-Carrtova mit scharfen Worten die Eilmächte-Resolution angriff.

Der amerikanische Delegierte Benjamin Cohen sagte auf einer Pressekonferenz, die USA hegten die Befürchtung, daß eine Einmischung des Sicherheitsrats in die koreanischen Waffenstillstandsverhandlungen die Besprechungen in Pan Mun Jon erheblich verzögern, wenn nicht sogar „torpedieren“ würde.

Sowjet-Angriffe gegen IRO

Der sowjetische Delegierte Pawlow richtete im Sozialausschuß der UN heftige Angriffe gegen die internationale Flüchtlingsorganisation IRO und deren Nachfolger, den UN-Flüchtlingskommissar. Pawlow warf den Westmächten vor, daß ihre Beamten sowjetische Staatsangehörige in den Flüchtlingslagern nicht nur prügelten und fütterten, sondern auch töteten, falls diese den Wunsch äußerten, in ihre Heimat zurückzukehren. Die Forderung des Flüchtlingskommissars von Heuven Goedhart auf Bewilligung von drei Millionen Dollar zur Unterstützung der am meisten bedürftigen Flüchtlinge bedeute in Wirklichkeit die Unterstützung sowjetischer Landesverräter in ihrem Kampf gegen die Sowjetunion.

Suez von der Außenwelt abgeriegelt

Neue heftige Gefechte — Schwere britische Panzer führen auf

Kairo (UP). Die Stadt Suez wurde auf Anordnung des britischen Oberkommandos völlig von der Außenwelt abgeriegelt. An sämtlichen Ausfallstraßen wurden Sperren errichtet. Ein amtlicher britischer Sprecher sagte, diese Maßnahme sei notwendig geworden, weil das britische Oberkommando selbst nicht wisse, ob es noch völlig Herr der Lage in Suez sei. Zugleich ist eine eingehende Untersuchung der blutigen Vorfälle des Vortages eingeleitet worden. Die dabei eingetretenen Verluste werden von ägyptischer Regierungsseite mit 15 getöteten Engländern und 14 verwundeten Ägyptern angegeben. Britische Stellen melden demgegenüber, daß nur zwei Engländer verwundet worden seien. Die ägyptischen Verluste seien nicht bekannt.

Inzwischen beschossen an der gleichen Stelle schwere britische Centurion-Tanks ägyptische Partisanen, die sich in Häuserblocks in der Nähe von Suez eingekerkert hatten und den britischen Verkehr zu einem nahegelegenen Wasserwerk beschossen. Die Hauswände wurden von großkalibrigen Panzergranaten durchlöchert. Die Dächer wurden mit schweren Maschinengewehren abgeklimmt. Nach britischen Angaben wurden zwei Ägypter getötet. Ein dritter geriet in Gefangenschaft. Auf britischer Seite gab es einen Verletzten.

Zehn Ägypter wurden bei weiteren Zusammenstößen mit britischen Truppen getötet, 24 andere verwundet. Das Gefecht trug sich in der Gegend von Ismailia zu, wo die Engländer vor wenigen Wochen zur Vermeidung solcher Zwischenfälle eine neue Straße zum britischen Wasserwerk gebaut hatten.

Britten mit Weltbank-Vorschlag einverstanden

London (UP). Ein Sprecher des britischen Außenministeriums erklärte, Großbritannien sei mit den Vorschlägen der Weltbank für die Weiterführung der Ölindustrie im Iran im wesentlichen einverstanden. Die britische Regierung werde zu den Vorschlägen der Weltbank eingehend und schriftlich Stellung nehmen. Der iranische Ministerpräsident Mossadegh hat die Weltbank-Vorschläge bereits abgelehnt.

Widder einmal festgefahren

Seoul (UP). Die kommunistischen Parlamentäre in Pan Mun Jon wiesen die neuen Vorschläge der UN-Delegation für den Austausch der Kriegsgefangenen und die Überwachung des geplanten Waffenstillstands wiederum zurück. Damit scheinen die Verhandlungen wieder einmal restlos festgefahren zu

sein. Die Unterhändler der Kommunisten weigerten sich auch, einem Austausch der verwundeten und kranken Gefangenen zuzustimmen, da dies die Pflege und Versorgung der Gefangenen ernsthaft gefährden würde. Weder zu Lande noch in der Luft kam es zu irgendwelchen größeren Kampfhandlungen.

Amtlich wurde mitgeteilt, daß mehr als 5000 Soldaten der nordkoreanischen Streitkräfte, die von den Truppen der Vereinten Nationen gefangen genommen worden sind, die südkoreanische Regierung in Bittschriften darum gebeten haben, nicht nach Nordkorea zurückgeschickt zu werden.



Kanonen fallen vom Himmel
In Korea werden neuerdings selbst schwere Waffen ohne Beschädigung über ihrem Bestimmungsort abgeworfen. An drei 30-m-Fallschirmen hängend, schwebt auf unserem Bild eine 10,5-cm-Heubitze aus einem „fliegenden Möbelwagen“ zu Boden

Japan und die Niederlande werden ihre Gesandtschaften zu Botschaften erheben, sobald der japanische Friedensvertrag in Kraft getreten ist.

Ein viertes Konzentrationslager, in dem für den Fall eines nationalen Notstandes umstürzliche Elemente untergebracht werden können, wurde in den USA eingerichtet.

Deutsche Einheit muß Vorrang haben
Ollenhauer kritisiert die Politik Adenauers

Frankfurt (UP). Der zweite Vorsitzende der SPD, Erich Ollenhauer, wandte sich über den Hessischen Rundfunk scharf gegen die bisherigen Pläne eines Zusammenschlusses der europäischen Länder. Weder im Schumanplan noch im sogenannten Plevanplan sei die Gleichberechtigung der Bundesrepublik sichergestellt. Die Besatzung bleibe auch nach der Ablösung des Besatzungsstatus durch die geplanten vertraglichen Vereinbarungen eine harte Wirklichkeit, denn gewisse Souveränitätsrechte verblieben bei den Westmächten.

Ollenhauer betonte, daß die SPD für einen Zusammenschluß wirklich freier Völker einträte. Die Integrierung der Bundesrepublik in die westeuropäische Gemeinschaft dürfe aber nur in einer Weise erfolgen, daß sie die Wiederherstellung der deutschen Einheit nicht erschwere oder verhindere. Die These, die Bundesrepublik müsse Westeuropa erst angeschlossen werden, um den Westen stark zu machen, weil er dann die deutsche Wiedervereinigung erzwingen könne, lehnte Ollenhauer als „undiskutable These deutscher Politik“ ab. Die Pariser Konferenz zur Bildung einer europäischen Verteidigungsgemeinschaft sei gescheitert. Bei den weiteren Verhandlungen werde das Ziel verfolgt, die Deutschen in die Verteidigungsgemeinschaft einzubringen, ohne ihre Souveränität auf dem Gebiet der Verteidigung anzuerkennen. Die SPD möchte keiner Bundesregierung zumuten, „junge Deutsche zum Waffendienst in einer solchen Zweiklassenarmee einzuberufen“.

In Deutschland müsse jedes Bekenntnis zur europäischen Demokratie mit sozialen Leistungen gegenüber den eigenen Volksgenossen beginnen. Diese Aufgabe habe die Bundesregierung nicht erfüllt. Ein Lastenausgleich müsse einen fühlbaren Eingriff in die Besitzsubstanz derjenigen bringen, die ein glücklicher Zufall vor dem Schicksal der Vertriebenen oder Kriegsoffer bewahrt habe. Die SPD werde sich für eine Politik der sozialen Sicherheit einsetzen. Dazu gehöre auch die Neuordnung der Besitzverhältnisse in den Schlüsselindustrien und die Ausdehnung des Mitbestimmungsrechts der Arbeitnehmer.

Besatzungskosten ohne Auftrag

Weitere Untersuchungen durch den Bundestag

Bonn (UP). Der zur Prüfung der bei der Einrichtung der Besatzungsgebäude im Raume Bonn vergebenen Aufträge eingesetzte Bundestagsausschuß vernahm den Stadtbaumeister von Königswinter, Port, der nach eigenem Geständnis für die Einrichtung des „Disseidendorfer Hofes“ für die Engländer vor etwa einhalb Jahren auf Besatzungskosten für rund 335 000 DM Einrichtungsgegenstände ohne vorherigen Auftrag der britischen Behörden bestellt hat. Darunter befinden sich 648 Silberbestecke für 29 800 DM. Essen konnten in dem Hotel jedoch höchstens 200 Personen. Für sämtliche 60 Zimmer mit 120 Betten des Hotels wurden Teppiche, Läufer, Bettvorleger und Bettwäsche bestellt und geliefert, obwohl das Hotel später nur mit 27 unteren Angestellten der britischen Besatzungsmacht belegt wurde. Der Leiter der Beschaffungsstelle beim „Büro Bundeshauptstadt“, Oberregierungsrat Dr. Becker, erklärte vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß, daß die bereits bestellten Einrichtungsgegenstände erst nachträglich von den britischen Besatzungsstellen bestätigt wurden.

Der für den Ausbau des Büros des amerikanischen Hochkommissars verantwortliche Innenarchitekt, Professor Hebebrandt, Hannover, sagte aus, daß er sich bei der Einrichtung der „Deichmannsau“ in Mehlern an die Anweisungen der Amerikaner gehalten habe. Die Gesamtkosten der Einrichtung haben 417 000 DM betragen.

Bundeskanzler Dr. Adenauer teilte dem Bundestag schriftlich mit, daß die Hochkommissare in Fernziele der Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs durch alliierte Behörden Stellung nehmen werden. Die Bundesregierung hat der Hochkommission weiteres Material über Zensurmaßnahmen der Alliierten übermittelt. Der Bundestag hat im Oktober vorigen Jahres die Bundesregierung beauftragt, eine Einstellung der Zensur oder ihre Beschränkung auf zwingende militärische Gründe zu erwirken.

Wegen Parteienhader amtsentoben

Kiel (UP). Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Lübke teilte dem Landesminister für Wirtschaft und Verkehr, Dr. Hermann Andersen (FDP), brieflich mit, daß er sich entschlossen habe, ihn von seinem Ministeramt zu entbinden. Veranlassung zu dieser Abberufung ist nach Ansicht politischer Kreise in Kiel der Austritt des bisherigen Wirtschaftsministers aus der Fraktion „Deutscher Wahlblock (CDU, FDP, DP)“ des Kieler Landtages. Der erste Bundesvorsitzende der FDP, Vizekanzler Blücher, hatte vor einigen Tagen diesen Schritt gutgeheißen. Ministerpräsident Lübke bat zu gleicher Zeit den Landesvorstand der FDP, ihm einen Nachfolger für das Amt des Wirtschafts- und Verkehrsministers zu benennen. Minister Andersen erklärte, daß er von diesem Schritt des Ministerpräsidenten überrascht worden sei.

110 000 DP's in Westdeutschland

München (UP). Aus Anlaß der Beendigung der IRO-Tätigkeit am 31. Januar dieses Jahres stellte Thomas Jamieson, einer der leitenden Persönlichkeiten der IRO fest, daß es nicht gelungen sei, das Problem der verschleppten oder geflüchteten Ausländer gütlich zu lösen. Nach Abschluß der Tätigkeit der IRO seien noch insgesamt 140 000 DP's in Deutschland und Österreich vorhanden, davon 110 000 in den drei Besatzungszonen Westdeutschlands. In der US-Zone Deutschlands würden rund 80 000 heimatlose Ausländer zurückbleiben müssen, von denen 8 000 alte und kranke in besonderen Anstalten untergebracht sind. Von den verbleibenden rund 72 000 DP's seien rund 60 Prozent arbeitsfähig. Als Hauptproblem bezeichnete Jamieson deren Ansiedlung und Verwendung in der deutschen Wirtschaft.

Umschau in Karlsruhe

Oberbürgermeister-Frage noch nicht geklärt
 Karlsruhe (swk). Die seinerzeitige Ankündigung von Oberbürgermeister Friedrich Töpfer, daß er am 31. Dezember 1951 sein Amt zur Verfügung stellen werde, falls sich sein Gesundheitszustand nicht gebessert haben sollte, hat bisher in der einen oder anderen Form keine neue Situation geschaffen, wie offiziell aus dem Rathaus verlautet. Oberbürgermeister Töpfer ist gegenwärtig immer noch krankheitsbedingt beurlaubt. Jedenfalls steht eine Entscheidung nach der einen oder anderen Seite noch aus.

Sitzung des Ministerrats in Karlsruhe

Zusammenkunft am 7. Januar
 Karlsruhe (swk). Der Ministerrat für das neue südwestdeutsche Bundesland wird am kommenden Montag, dem 7. Januar, um 10 Uhr im Landesbezirkspräsidium in Karlsruhe zu seiner zweiten Sitzung zusammenzutreten. Auf der Tagesordnung steht als wichtigster Punkt die vom Ministerrat ausgearbeitete Verordnung über die Wahl zur verfassunggebenden Landesversammlung. Voraussichtlich wird sich der Ministerrat auch mit der Frage befassen, ob er einen Entwurf der Verfassung für den neuen Staat ausarbeiten soll oder ob die Vorlage eines Verfassungsentwurfes der verfassunggebenden Landesversammlung selbst überlassen werden soll.

Aus der badischen Heimat

Die Dummen sterben nie aus
 Pforzheim (swk). Einem raffinierten Schwindler sind während der letzten Wochen zahlreiche Pforzheimer, die auf billige Weise zu Bohnenkaffee kommen wollten, auf den Leim gegangen. Wohl erregte die angebotene Ware wegen ihrer eigenartigen Form bei den Käufern Verdacht. Der Gauer wußte jedoch alle Bedenken durch den Hinweis zu zerstreuen, daß es sich bei seinem Bohnenkaffee um ein tibetisches Erzeugnis handele, das erst jetzt in Europa bekanntgeworden sei. Es gab eine ganze Reihe von Gutgläubigen, die auf diesen faulen Schwindel hereinfielen. Um so peinlicher war dann die Überraschung zu Hause. Sobald man nämlich das geheimnisvolle Gewächs aus dem Fernen Osten in die Kaffeemühle brachte, zerfiel es zu Pulver. Genauere Untersuchungen ergaben, daß es sich um gepulverten Ersatzkaffee handelte. Zum Schaden gesellte sich nunmehr auch noch der Spöhl.

Verbände protestieren gegen Gelbsuchtaktion
 Mannheim (swk). Der Bauernverband Württemberg-Baden, der Badische Gemüsebauverband, der Verband des pfälzischen Gemüse-, Obst- und Gartenbaus sowie 9 andere landwirtschaftliche Verbände Südwestdeutschlands haben den Chefarzt des Städtischen Krankenhauses Mannheim, Professor Dr. Hahn, aufgefordert, seine „Gelbsuchtaktion“ sofort einzustellen. Sollte Professor Hahn dieser Aufforderung nicht nachkommen, wollen die Organisationen gerichtlich gegen ihn vorgehen.

Geistesgegenwärtiger Lokomotivführer
 Lorsch bei Mannheim (swk). Auf der Station Riedrode zwischen Bürsfeld und Lorsch bei Mannheim erlegte die Lokomotive eines Personenzuges. Durch die Geistesgegenwart des Lokomotivführers konnte die Maschine, die mit ihrer Hinterradachse aus den Schienen gesprungen war, auf dem Bahnkörper zum Stehen gebracht werden, so daß keine Personen zu Schaden kamen.

Kind im Wagen verbrannt
 St. Ilgen, Landkreis Heidelberg (swk). Ein vier Monate altes Kind kam auf tragische Weise ums Leben. Das Kind schlief in einem Wagen, als eine Kerzendamme das Band durchbrannte, mit dem ein Adventskranz an der Zimmerdecke befestigt war. Der herabstürzende Kranz fiel auf den Kinderwagen und setzte diesen in Brand. Obwohl das Feuer sofort gelöscht werden konnte, trug das Kind schwere Brandwunden davon, an denen es nach der Einlieferung in die Klinik starb.

Tauberbischofsheim. Der Opferstock der evangelischen Kirche in Unterschloß wurde zum zweiten Male ausgeraubt. Die ausgeplünderte Kasse wurde am nächsten Tage auf dem Marktplatz aufgefunden. (swk)

Krankenhaus wird Ordensschule
 Buchen (swk). Der Buchener Städt. hat sich damit einverstanden erklärt, das bisherige Rochus-Krankenhaus für einen beschränkten Internatsbetrieb an einen Orden zu verkaufen. Das Krankenhaus soll durch Um- und Erweiterungsbauten entsprechend eingerichtet werden.

Bis zu 20 000 DM Gewinnchancen
Prämien sparen nun auch in Baden
 Baden-Baden (swk). Auch in Baden ist nun, wie in anderen Bundesländern, das Prämien sparen eingeführt worden. Es handelt sich dabei um eine Kombination von Sparen und Prämienauslosungen. Man hofft, dadurch auch jene Sparer anzulocken, die dem Zug der Zeit folgend zu schnell reich werden wollen. Der Prämienparer, der jede Woche zwei Mark einbezahlt, und außerdem vierteljährlich einen Auslosungs- und Kostenbeitrag bezahlt, hat nicht nur seinen vollen Sparbetrag zur Verfügung, sondern darüber hinaus die Möglichkeit, Gewinne zu erzielen, die im günstigsten Falle während eines Vierteljahres auf 20 000.— DM kommen können.

32 goldene Uhren bekamen Baden
 Baden-Baden (swk). Den schnellen Griff eines jungen Burschen hatte die Angestellte eines Uhrengeschäftes in Baden-Baden erkannt. Sie trommelte ein paar Straßenpassanten zusammen, und deren Beine waren ebenfalls schneller als die des Fräulechens: Nach kurzer Verfolgung waren der Bursche und 32 goldene Uhren, die er mitsamt dem

Ringständer genommen hatte, in sicherer Verwahrung.

Ein Schwein war zu gewinnen
 Bühl (swk). Bei einem Treffen ehemaliger Landwirtschaftsschüler ging es darum, das Gewicht eines jungen Schweines möglichst genau zu bestimmen, das diesen Männern vom Fach präsentiert wurde. Der, der dem Gewicht am nächsten kam, konnte es mit heim in seinen Stall nehmen.

Besucherinvasion in Kehl
 Kehl (swk). Die Stadt und das Hafengebiet Kehl haben in den wenigen Tagen der Freigabe des Hafens eine wahre Besucherinvasion erlebt. Hunderte von Fahrzeugen und Fußgänger pilgern seit dem 31. Dezember nach dem Rhein und dem Hafen. Viele Unternehmer, die ihre Betriebe früher im Hafengebiet hatten, besichtigen ihr Eigentum und machen die ersten Überschlüsse, wie und wo zuerst mit dem Aufbau begonnen werden könnte. Im Hafen herrscht schon ein lebhafter Betrieb. Zahlreiche Arbeiter bringen die schlechten Straßen in Ordnung und räumen den Schmutz und Schrott weg. An vielen Stellen sieht man schon vollbeladene Güterwagen, die auf den Weitertransport nach Frankreich warten. Die breiten Hafenbecken mit den mächtigen Kaimauern liegen dagegen noch leer und verlassen da. Bisher ist noch kein Schiff oder Schlepper in den Hafen eingelaufen.

Zollbeamte im Bezirk Kehl festgenommen
 Kehl (swk). Im Zollbezirk Kehl sind dieser Tage von der Offenburger Kriminalpolizei, mehrere Zollbeamte festgenommen worden. Die Festgenommenen werden beschuldigt, auf dem Kehler Bahnhof einen auf dem Zollgleis stehenden Güterwagen aufgebrochen und aus ihm mehrere Kilo Apfelsinen entwendet zu haben. Die Täter wurden von der Bahnpolizei beobachtet und angezeigt. Während der mehrtägigen Verhöre beschuldigte einer der Festgenommenen mehrere Kollegen, kleine Vergehen begangen zu haben. Die Beschuldigten wurden daraufhin ebenfalls vorläufig in Haft genommen. Die

Bad.-Württ. Gemeindekammer gegründet

Karlsruhe vorläufiger Sitz der Kammer

Baden-Baden (swk). Die Vorsitzenden und Geschäftsführer der kommunalen Spitzenverbände der Länder Württemberg-Baden, Württemberg-Hohenzollern und Südbaden haben in Baden-Baden die Gründung einer badisch-württembergischen Gemeindekammer beschlossen. Die 23 Mitglieder der Kammer sollen von den kommunalen Verbänden der drei südwestdeutschen Länder delegiert werden. Der vorläufige Sitz der Kammer ist Karlsruhe. Die Gemeindekammer, der im Hinblick auf die bevorstehende Bildung des Südweststaates große Bedeutung zukommt, wird sich vor allem mit Problemen der Landesverfassung, der vordringlichen Verwaltungsaufgaben und des neuen Gemeinde- und Kreisverfassungsrechtes befassen.

DVP für Neueinteilung der Kreise

Beginn des Parteitages der DVP
 Stuttgart (ZSH). Den inoffiziellen Auftakt des Dreikönigs-Parteitages der DVP in Stuttgart bildete eine Pressekonferenz im Landtagsgebäude, bei der u. a. Ministerpräsident Dr. Maier, Finanzminister Dr. Frank, der Landesvorsitzende der DVP Württemberg-Baden, Dr. Haubmann, der Landesvorsitzende Württemberg-Hohenzollern, Dr. Brillinger, und ferner Professor Gönnewein anwesend waren. Professor Gönnewein erklärte, das Motto des Parteitages „Zusammenschluß der drei südwestdeutschen Länder“ bedeute nicht, daß nicht auch innenpolitische Fragen anderer Art behandelt würden. Er äußerte sich dann ausführlich zur Neueinteilung der Kreise im Südweststaat, die ohne Rücksicht auf bisherige Ländergrenzen gebildet werden sollen. „Zwergkreise“ mit weniger als 30 000—40 000 Einwohner und „Mammukreise“ mit mehr als 100 000 Einwohner sollen vermieden werden. Die Frage, ob Mittelinstanzen zwischen Landratsämtern und der Zentrale geschaffen werden sollten, müsse

noch eingehend geprüft werden. Mehr als 4 bis 6 solcher Kommunalverbände oder ähnlicher Instanzen seien gefährlich für den Zusammenhalt des neu zu schaffenden Landes. Der Ministerpräsident erwähnte, daß im Falle eines Gesetzes zur Verhinderung der Südweststaat-Bildung eine Klage der württemberg-badischen Regierung vor dem Bundesverfassungsgericht Aussicht auf Erfolg habe. Alle Redner erklärten übereinstimmend, die DVP werde das Hauptgewicht beim Wahlkampf zum 9. März auf landespolitische Fragen legen, und betonten, daß alles, was sie auf der Pressekonferenz äußerten, rein persönliche Ansichten seien, über die erst einmal lebhaft werden müsse.

FDP-Zusammenschluß praktisch vollzogen
 Das Direktorium der drei südwestdeutschen Landesverbände der FDP hat auf der 1. Sitzung den Zusammenschluß zu einem Landesverband praktisch vollzogen. Die zur Vereinigung notwendigen formellen Schritte sind von den einzelnen Landesverbänden eingeleitet worden. Das Direktorium beschäftigte sich in seiner Sitzung auch mit dem von dem Heidelberger Landtagsabgeordneten Professor Dr. Otto Gönnewein entworfenen Leitlinien für den Verwaltungsaufbau des neuen Bundeslandes.

Wie in einem nach der Sitzung ausgegebenen Kommuniqué ferner bekannt gegeben wurde, müsse das neue Bundesland nach Ansicht der FDP ein „weitgehend dezentralisierter, territorial vernünftig gegliederter, einheitlicher Staat“ sein, in welchem möglichst viele Aufgaben der staatlichen Verwaltung im Interesse einer Vereinfachung und Verbilligung den Gemeinden übertragen werden. Deshalb müsse die Finanzkraft der Ortsgemeinden vom Staat geschützt und gefördert werden. Außerdem wären die Anwendungen einmütig der Auffassung, daß die künftige südwestdeutsche Verfassung möglichst einfach und elastisch sein müsse.

Baubeginn am 1. Februar
Das Kraftwerk von Rheinau entsteht
 Konstanz (UP). Der erste Spatenstich für den Bau des heftig umstrittenen Kraftwerks von Rheinau unterhalb Schaffhausen, das einen Schlüsselstein des internationalen Schiffsfahrtsprojektes Hochrhein—Bodensee bildet, wird voraussichtlich am 1. Februar auf der stillen Klosterhalbinsel erfolgen. Die Baubewilligung an die deutschen Konzessionäre ist bereits in den ersten Stunden des neuen Jahres eingetroffen.

Dies teilte dieser Tage der Präsident des Rheinschiffahrtsverbandes Konstanz und Generaldirektor der an der Konzession beteiligten Aluminiumwerke Singen, Dr. h. c. Paulsen, auf Anfrage mit. Damit ist ein jahrelanger internationaler Streit zwischen den Interessen des Natur- und Landschaftsschutzes und der Industrie definitiv entschieden, denn auch eine

„Badisches Zentrum“ wählte Vorstand

Die Lage in Nordbaden ungeklärt

Freiburg (swk). Die am 11. Dezember gegründete „Badische Zentrumspartei“ wählte in Freiburg auf einer Mitgliederversammlung Regierungsrat Dr. H. Person, Dr. Ballweg und Professor Dr. Eidel, alle in Freiburg, zu ihren Vorsitzenden. Schriftführer wurde G. Maarer, Freiburg, der die Geschäfte des Generalsekretariats in Freiburg leitet.

In einer Erklärung zur Vorstandswahl betonte der Parteivorstand, daß der im Zusammenhang mit der Gründung des Zentrums genannte Oberregierungsrat Dr. F. Werber, Karlsruhe, im Augenblick keine Funktion im Vorstand der Badischen Zentrumspartei übernehmen könne, weil die derzeitige politische Lage in Nordbaden und vor allem in der nordbadischen CDU noch ungeklärt sei.

Wie weiter bekannt wurde, werden gegenwärtig an verschiedenen Orten Badens Bezirks- und Ortsgruppen der Zentrumspartei gegründet. Den im Bundestag eingebrachten Antrag auf Änderung des zweiten Neugliederungsgesetzes betrachte die Badische Zentrumspartei als aussichtslos.

Zwei christliche Parteien in Südbaden
 Der Landesvorsitzende der südbadischen CDU, Dichtel, erklärte auf einer Sitzung des Ortsausschusses Freiburg der badischen CDU, die Partei werde in der Verfassunggebenden Landesversammlung des in Bildung begriffenen Südweststaates keine destruktive Politik treiben. Sie werde vielmehr als selbständiges Gebilde mit der Gesamtfraktion der CDU in

allen kulturellen und sonstigen allgemeinpolitischen Fragen zusammenarbeiten, jedoch mit allen möglichen Sicherungen für die rein badischen Belange. Dichtel vertrat die Ansicht, daß man am Vollzug des Neugliederungsgesetzes heute nicht mehr vorbeikommen werde. Dichtel sagte, Finanzminister Dr. Eckert habe beim größten Teil der CDU das Vertrauen verloren. Man wende sich nicht deshalb gegen ihn, weil er am Tage nach der Abstimmung für eine Zusammenarbeit eingetreten sei. Es sei aber äußerst merkwürdig, daß Dr. Eckert erst 14 Tage vor der Abstimmung sein wahres Herz entdeckt habe. Sein jetziges Verhalten sei mit dem Amt eines Ministers nicht mehr zu vereinbaren. Auch gegen den Generalsekretär der Arbeitsgemeinschaft für die Vereinigung von Baden und Württemberg, Albert Maria Lehr, sei das Ausschlußverfahren aus der CDU nicht deshalb eingeleitet worden, weil Lehr Südstaatler sei, sondern wegen seines Kampfes und seines ungebührlichen Auftretens gegen führende Mitglieder der Regierung und der Partei. Dadurch habe Lehr der CDU ungemein geschadet. Dichtel sagte ferner, die Initiatoren der Gründung einer Zentrumspartei in Südbaden seien sich wohl nicht der großen Gefahr bewußt, die in Südbaden durch die Bildung zweier christlicher Parteien heraufbeschworen werde. Er habe versucht, mit dem Zentrum zu einer Einigung zu kommen. Einzelheiten über seine Gespräche gab Dichtel nicht bekannt.

Aus den Nachbarländern

Folgeschwerer Sturz in die Dungsgrube
 Weikersheim (swb). Während der Arbeit in der Dungsgrube seines Hofes wurde ein Landwirt aus Weikersheim, Kreis Mergentheim, von einem Unwohlsein befallen, durch das er in die in der Grube befindliche Jauche stürzte. Passanten, die den Vorfall bemerkt hatten, rufen den Landwirt kurze Zeit später aus der Dungsgrube heraus. Einige Tage später starb der Verunglückte jedoch im Krankenhaus an den Folgen des Unfalles.

Filmexpedition fliegt nach Persien
 Eßlingen (swk). Eine deutsche Kulturfilmexpedition wird am 21. Januar auf Einladung des Schahs von Stuttgart aus nach Persien fliegen, um dort mehrere Kulturfilme sowie einen Streifen über „Persien — gestern und heute“ zu drehen. Die Regie hat Bernhard Radetzky aus Eßlingen übernommen. Das Drehbuch für diesen Film schrieb Peter Höfer, Kameramann ist Claus von Rautenfeld. Der Schwelger des Schahs und der persische Gesandte im Bundesgebiet, Excellenz Esfandiari, hat sich für das Zustandekommen der deutschen Filmexpedition persönlich eingesetzt. Die Filme sollen nach ihrer Fertigstellung in Stuttgart uraufgeführt werden.

Hennecke im vierten
 Gauenstadt, Kreis Heidenheim (swk). Noch kurz vor Jahreschluß erfüllten zwei von den drei Kühen eines Landwirts in Gauenstadt im Kreis Heidenheim ihr Soll zweihundertprozentig. Sie brachten an einem Tag kurz hintereinander je ein Zwillingsspäcker zur Welt. Wenn auch ein Kalb kurz nach der Geburt einging, so hat sich der Viehbestand des Landwirts innerhalb weniger Stunden doch ganz erheblich vergrößert.

93 Tote bei Erdbeben in der Türkei
 Schwere Katastrophe auch in China
 Istanbul (UP). Durch ein Erdbeben, das die türkische Provinz Erzurum im östlichen Anatolien erschütterte, wurden nach Berichten der türkischen Presse 93 Personen getötet, 100 verwundet sowie 600 Häuser zerstört oder beschädigt. Aus mehreren Dörfern zogen aber seit dem Beben noch keine Nachrichten vor, so daß es nicht ausgeschlossen ist, daß die Zahl der Opfer noch höher liegt.

Der Rundfunksender Peking teilte mit, in einem schweren Erdbeben, das sich im westlichen Teil der chinesischen Provinz Yunan am 21. Dezember abspielte, seien 300 Personen ums Leben gekommen, 1537 wurden verletzt und 100 000 wurden obdachlos.

Kapitän Carlson nicht mehr allein
 28 Inselbewohner völlig abgeschnitten
 London (UP). Nach einer Funkmeldung des amerikanischen Zerstörers „Weeks“ gelang es einem Mast des britischen Hochseeschleppers „Turmoil“, auf das Wrack der „Flying Enterprise“ zu klettern. Er befindet sich jetzt bei Kapitän Kurt Carlson, dem einzigen Mann, der noch auf dem Schiff ausgehalten hat. Sieben Versuche, das Wrack in Schleppe zu nehmen, sind bisher wegen des starken Wellenganges gescheitert.

Ein an der irischen Küste aufgefangener Funkspruch besagt, daß die 28 Bewohner der kleinen, der irischen Westküste vorgelagerten Blasket-Insel, bereits seit 14 Tagen ohne Mehl, Brot, Fleisch, Milch und ohne Licht sind. Die Lage der Inselbewohner wurde in diesem Funkspruch als „katastrophal“ bezeichnet. Seit Tagen leben diese Menschen nur von Kartoffeln. Die Insel ist durch die schweren Stürme bereits seit drei Wochen vollkommen vom Festland abgeschnitten.



Dieses Schiff steuert Kapitän Carlson. Der nahezu 7000 Tonnen große amerikanische Frachter „Flying Enterprise“ treibt schon eine Woche lang mit 60 Grad Schlepplage auf dem Atlantik, etwa 280 km westlich der irischen Küste. Kapitän Carlson blieb als einziger Mann an Bord des Schiffes. Abschleppungsversuche waren bis jetzt erfolglos.

Religionsfreiheit in Schweden
Auch Italien will Toleranz üben

In Schweden tritt am 2. Januar das vom Reichstag ratifizierte Gesetz über Religionsfreiheit in Kraft, wonach jedem schwedischen Staatsbürger freigestellt ist, in der Kirche zu verbleiben oder auszutreten. Der Katholischen Kirche wird erstmals wieder seit 1595 das Recht zugesprochen, in Schweden Klöster zu errichten und zu unterhalten. Die Zugehörigkeit zur Staatskirche ist nach dem neuen Gesetz nur obligatorisch für den König, den Kirchen- und Kultusminister sowie die Richter und Beamten, die unmittelbar Kirchenangelegenheiten betreffen, ferner für die Theologieprofessoren. Die Führung der ständesamtlichen Register aller Nichtlutheraner bleibt jedoch nach wie vor in den Händen der lutherischen Pastorate, wofür 60 Prozent der bisherigen Kirchensteuer erlegt werden.

Der italienische Innenminister Scelba hat dem in Rom weilenden Präsidenten des Baptistenweltbundes, Dr. F. T. Lord, bei einem Empfang zugesichert, die in der neuen Verfassung Italiens verankerte Religionsfreiheit die das Recht auf unbehinderte Errichtung gottesdienstlicher Stätten in sich schließt, zur Auswirkung kommen zu lassen.

47 diplomatische Vertretungen beim Hl. Stuhl

Die Zahl der beim Hl. Stuhl beglaubigten diplomatischen Vertretungen hat sich nach der soeben erschienenen neuen Liste des diplomatischen Korps beim Hl. Stuhl während des Pontifikates Pius XII. von 38 auf 47 erhöht. Darunter befinden sich 23 Botschaften von denen drei (Deutschland, Japan und USA) gegenwärtig aufgelassen sind und zwei (Bolivien und Peru) zur Zeit von einem Geschäftsträger geleitet werden. Von den 23 Gesandtschaften sind zwei (CSR und Rumänien) gegenwärtig aufgelassen, zwei (Ägypten und Salvador) werden zur Zeit von einem Geschäftsträger geführt und bei drei weiteren (Guatemala, Honduras und Jugoslawien) ist der Posten des Gesandten im Augenblick nicht besetzt. China unterhält eine diplomatische Mission, an deren Spitze ein Geschäftsträger steht.

Heiligjahr-Verdienstkreuz gestiftet

Papst Pius XII. hat zum Jahrestag des Abschlusses des Hl. Jahres der Stiftung eines Heiligjahr-Verdienstkreuzes zugestimmt, das von Zentralkomitee für das Heilige Jahr in drei Klassen verliehen wird. Durch die Verleihung sollen alle Persönlichkeiten ausgezeichnet werden, die sich besondere Verdienste um das Heilige Jahr in Rom und in anderen Ländern erworben haben.

Vorbereitungen zum Katholikentag 1932

Am Fest der Hl. Drei Könige (6. Januar) wird in Berlin in feierlicher Form das Lokalkomitee für die Vorbereitung des vom 19. bis 24. August 1932 in Berlin stattfindenden 75. Deutschen Katholikentages einberufen werden. Der Bischof von Berlin, Mgr. Wilhelm Weskman, wird aus diesem Anlaß in der St. Johannisbasilika in Neukölln ein feierliches Pontifikalamt zelebrieren. Dabei wird auch der Leitsatz des 75. Deutschen Katholikentages verkündet werden.

D. von Thadden reist nach England und USA

Der Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentages, D. von Thadden-Trieglaff, wird sich im Januar auf Einladung des Britischen Rates der Kirchen nach England begeben, um einen engeren Kontakt mit der britischen Bewegung herzustellen. Im Februar und März wird von Thadden auf Einladung des Nationalen Rates der Christlichen Kirchen Amerikas nach den Vereinigten Staaten reisen und an der gesamt-amerikanischen Laienkonferenz in Buffalo teilnehmen. Im Anschluß wird der Kirchentagspräsident sich über die christliche Laienarbeit in den USA und in Kanada informieren und Vorträge über den Deutschen Evangelischen Kirchentag halten.

Weil ein römischer Konsul nach Spanien ziehen mußte

haben wir den 1. Januar als Jahresbeginn - Merkwürdiges von unserem Kalender

Wenn wir die Geschichte der menschlichen Zeitrechnung etwas näher betrachten, entdecken wir zu unserer Überraschung, welche willkürliche und unzureichende Einrichtung doch unser Kalender ist.

Schon die ältesten Menschen machten sich ihre Zeiteinteilung nach Sonne und Mond. Der Tag als die Zeit zwischen zwei Sonnenaufgängen, der Monat als Zeitspanne von Neumond zu Neumond, das Jahr als die Periode von einem Frühling, markiert durch die Tag- und Nachtgleiche, damit hat man eigentlich schon den Kalender. Aber als man diesen Rhythmus der Tag- und Nachtgestirne in ein System bringen sollte, begannen die Schwierigkeiten und diese bestehen bis auf den heutigen Tag. Denn der Mondmonat dauert 29 1/2 Tage, und das Jahr hat 365 1/4 Tage oder 12 1/4 Mondmonate. Die Astronomen und Mathematiker aller Zeiten haben versucht, für diese Zahlen einen Nenner zu finden und eine Zeitrechnung aufzustellen, bei der Tag, Monate und Jahre in ständigem Wechsel übereinstimmen. Vergeblich, denn auch die Zeitmaße unserer fortgeschrittenen Zeit leiden noch daran, daß der Kalendermonat nicht mit dem Mondmonat übereinstimmt, ja, daß die Tageszahlen der Kalendermonate wechseln. Unseren Monaten fehlt die wichtigste Eigenschaft, die man bei einem Maß voraussetzt: daß es sich gleich bleibt.

Jahre mit 10 und 13 Monaten

Die alten Völker des Ostens hatten alle ein Jahr mit 12 Monaten. Die Zahl der Tage des Monats aber waren bei allen Völkern verschieden; gemeinsam war ihnen nur, daß die Monate im Jahr nie aufgingen. Jeweils nach ein paar Jahren stimmten die Monate mit den Jahreszeiten so wenig überein, daß man gezwungen war, ein paar Schaltmonate einzufügen. Noch heute folgt im jüdischen Kalender nach jeweils zwei oder drei 12-monatigen Jahren mit 353 bis 355 Tagen ein Jahr mit 13 Monaten, das dann 383 bis 385 Tage hat. Völker des dunklen und kalten Nordens dagegen hielten es anders. Sie zählten einfach nur die Mondumläufe in der Zeit des Sdens, Wachsens und Erntens, während die Periode der Winterruhe in ihrer Zeitrechnung gar nicht vorhanden war. Das Jahr hatte damit also nur 10 Monate; es begann im zeitigen Frühjahr und hörte im Spätherbst auf.

Auch die alten Römer, die die Begründung des Kalenders und den Anfang ihrer Zeitrechnung dem sagenhaften Gründer der Stadt, Romulus, zuschrieben, kannten in der ältesten Zeit nur 10 Monate. Das Wort Kalender selbst stammt aus dem Lateinischen und bezeichnet eigentlich den ersten Tag des Monats, denn im alten Rom verkündete der oberste Priester, der Pontifex Maximus, an jedem Neumond die „calendae“, den Beginn eines neuen Monats. Eigentlich heißt das Wort „die Ausruhungen“. Noch heute begleiten uns die römischen Monatsnamen durch das Jahr. Es begann mit dem Monat, der dem Kriegsgott Mars geweiht war, unserem heutigen März. Der Name April kommt von aperire, d. h. öffnen. Es ist der Monat, in dem sich die Knospen auftun. Der dritte Monat des alten römischen Kalenders war der Mai, dessen Bezeichnung wahrscheinlich auf die Göttin Maia zurückzuführen ist, deren Fest man am Beginn dieses Mondumlaufes feierte. Der römische Monat Junius ist wohl nach der Göttin Juno benannt, nach manchen Auslegungen auch war er der Monat der Jungen, der Juniores, zu dem man auch den Mai als den Monat der Majores, der Älteren in Verbindung brachte. Die weiteren Monate wurden einfach mit der Ordnungszahl benannt, und noch heute nennen wir unseren 10. Monat Oktober, was eigentlich der Achte heißt, während unser 12. Monat noch immer lateinisch der Zehnte genannt wird. Erst der König Numa Pompilius soll dem Jahr zwei weitere

Monate zugefügt haben, nämlich den Januar, der dem Gott Janus geweiht war, und den Februar, den „Reinigungs-Monat“, in dem das Fest der Luperalien oder auch Februallia begangen wurde.

Der Februar kam zu kurz

Als Julius Cäsar eine Reform des römischen Kalenders durchführte, beschloß der Senat, den fünften Monat des römischen Jahres zu seinen Ehren Julius zu nennen. Der Kaiser Augustus durfte natürlich dem großen Cäsar an Ehren nicht nachstehen, und so erhielt der sechste Monat seinen Namen, den wir heute auch noch anwenden. Weniger erfolgreich war der Kaiser Nero, denn der Name Neronens für den April hat den berühmtesten Herrscher nicht überlebt. Eigentlich ist es doch merkwürdig, daß der Monat Februar in der Regel nur 28 Tage hat, während andere mit 30 Tagen nicht auskommen. Nun, ursprünglich hatte der Februar als letzter des Jahres 29 Tage. Als aber der August seinen Namen bekam, hatte der sechste römische Monat nur 30 Tage gehabt. Cäsars Juli aber hatte 31. Da nun Augustus im Urteil der Zeitgenossen und Schmeichler nicht geringer war als Cäsar, nahm man vom Februar, dem Jahresende, einen Tag weg und fügte ihn dem August an.

Wissen Sie eigentlich, warum unser Jahr ausgerechnet mit dem 1. Januar beginnt? Der natürliche Zeitpunkt für den Anfang eines Jahres wäre doch die Frühlings- oder Herbst-Tag- und Nachtgleiche. Der römische Kalender, den wir ja heute nicht nur als Wort, sondern auch als System anwenden, kannte, wie wir wissen, tatsächlich den März als Jahresbeginn. Im Jahre 600 der römischen Zeitrechnung, das war beim Jahreswechsel 154 zu 153 vor Chr., brach ein Aufstand spanischer Völker gegen die römische Herrschaft aus, zu dessen Unterdrückung ein Konsul gesandt werden mußte. Die neuen Konsule pflegten jeweils zu Jahresbeginn ihr Amt anzutreten. Da aber die Kriegslage fröngte und man den neuen Konsul mit seinen Legionen schnell brauchte, verlegte man kurz entschlossen die Übernahme seiner Amtszeit und damit den Beginn des Jahres auf den 1. Januar. Dabei blieb es bis auf den heutigen Tag.

Julianischer und Gregorianischer Kalender

Bis der Kalender die heutige, einigermaßen brauchbare Gestalt bekommen hatte, war manche Reform notwendig. Im Altertum fielen fast in jedem Land die Monate auf einen anderen Zeitschnitt. Und da die Zahlen der Monate nie in den Jahresabschnitt paßten, war das Zeitdurcheinander kaum noch erträglich. Als Cicero lebte, hatte sich z. B. die Zeit so verschoben, daß die Frühlings-Tag- und Nachtgleiche zwei Monate später eintrat, als sie es kalendernäßig hätte tun müssen. Die erste große Reform ließ Cäsar von seinem Landmann Marcus Fabius Julius Cäsar ein, denn die kommenden ein- und einhalbtausend Jahre wurden nach dem Julianischen Kalender gezählt.

Der Julianische Kalender rechnete ein Jahr mit 365 1/4 Tagen und einem zusätzlichen Schalttag alle vier Jahre. Dieses Jahr aber war immer noch elf Minuten zu lang, so daß der Kalender nach jeweils 130 Jahren wieder um einen Tag aus den Fugen kam. Im 16. Jahrhundert war die Frühlings-Tag- und Nachtgleiche wieder statt am 21. schon am 10. März. Am 4. Oktober 1582 wurde dann der von Veroneser Luigi Ghiraldi aufgestellte und vom Papst Gregor XIII. verkündete Gregorianische Kalender eingeführt. Wieder einmal ließ man einen Zeitschnitt einfach unter den Tisch fallen, und auf den 4. Oktober kam gleich der 15. Dieser neue

Kalender, nach dem wir uns heute noch richten, sieht vor, daß alle 100 Jahre ein Schaltjahr ausgelassen wird, aber alle 400 Jahre, das nächste Mal im Jahre 2000, entfällt diese Auslassung.

Christi Geburt im Jahre 4 oder 5 v. Chr.

Wenn wir nun unsere Ausgangsfrage nach dem tatsächlichen Beginn eines Jahrhunderts beantworten wollten, so könnten wir ja einfach bis zu dem Beginn unserer Ära rückwärts zählen und feststellen, wann das erste Jahrhundert anfang. War das im Jahre der Geburt Christi? Aber selbst da stoßen wir auf Schwierigkeiten, denn Jesus Christus ist schon vier oder fünf Jahre „v. Chr.“, also vor dem ersten Jahre der christlichen Zeitrechnung geboren worden. Die Zählung in Jahren nach Christi Geburt wurde nämlich erst ein halbes Jahrtausend nach diesem weltgeschichtlichen Ereignis eingeführt und der Abt Dionysius Exiguus, der das Jahr 754 der römischen Zeitrechnung als das Jahr 525 nach Christi Geburt berechnete, hat sich dabei um einige Jahre geirrt. Diese christliche Jahreszählung galt zunächst nur innerhalb der Kirche und nur für die Benennung der Osterfeste; sie wurde später von Karl dem Großen offiziell eingeführt und ist erst seit etwa dem Jahre 1000 in Europa allgemein anerkannt. H. A.

Schnitzel vom grünen Tisch
Gehaltserhöhung

Die städtischen Beamten von Yokers im Staate New York verlangen Gehaltserhöhung. Die Mehrheit des Stadtrats war dagegen. Also sollte die Bürgerschaft entscheiden. Man ließ sie abstimmen und, siehe da, der Antrag der Beamten wurde wiederum abgelehnt. Seitdem nehmen die Polizisten an den Bürgern bittere Rache. Selbst für die geringste Verletzung der Verkehrsvorschriften gibt es Straftzettel. Ihr Tagesdurchschnitt liegt gegenwärtig bei 63.

Oder zuviel Gehalt

In Watertown in Süddakota gibt es dagegen einen Bürgermeister, der zuviel Gehalt bekommt. Infolgedessen hat er die Stadtväter, sein Einkommen um fünfzig Prozent zu kürzen. Die Begründung seines Antrags war einleuchtend: Wenn er nur das halbe Gehalt erhielte — so meinte der Bürgermeister — bekäme er kaum weniger als jetzt, da der Rest von den Steuern aufgefressen werde. Für ihn ändere sich deshalb bei einer Reduzierung nichts und die Stadtverwaltung könne die Hälfte seines Gehalts einsparen. Und so geschah es dann auch.

Dementi oder nicht?

Soll Eisenhower nun republikanischer oder demokratischer Präsidentschaftskandidat werden? Seltsamerweise weiß dies heute noch niemand. Als kürzlich einige Blätter behaupteten, Truman habe dem General seine Nachfolge angeboten, wurde diese Nachricht von beiden Herren als unwarh bezeichnet. Nun aber verkündet die „New York Times“, sie besitze Beweise dafür, daß die erwähnte Behauptung doch richtig sei, und sie fügt dem Dementi des Dementis die sarkastische Bemerkung an, manchmal müßten Politiker auch wahre Meldungen dementieren.

Sorgen haben die Londoner

Der konservative Abgeordnete Edward Wakefield richtete im Unterhaus an die Regierung die Anfrage, was sie zu tun gedente, um die allen Londonern am Herzen liegende Tradition des St. James Parks aufrechtzuerhalten. Seit Karl II. tummeln sich nämlich in diesem Park Pelikane, von denen die beiden letzten dieser Tage starben. Peter und Paul — so hießen die Pelikane — werden von groß und klein in der britischen Hauptstadt betrauert. Und natürlich auch von Seiner Majestät allergetreuestem Kabinett. Der Minister für Öffentliche Arbeiten hatte aber für den fragenden Abgeordneten bisher nur einen mageren Trost. Dafür aber erschien in zahlreichen Zeitungen eine Anzeige der britischen Regierung: „Pelikane gesucht. Es werden höchste Preise bezahlt. Die Lieferung ist eilig.“

Liebe in MEXIKO
VON HANS ROSE

Copyright by Bechtold-Pressedienst, Faldberg durch Verlag v. Graberg & Görg, Wiesbaden

21. Fortsetzung

„Sehen Sie“, fuhr er fort, „Ich habe gestern und heute alle Gebirgsnester nach Ihnen abgeklappert. Meine Beharrlichkeit führt mich immer zum Ziel. So habe ich Sie auch hier aufgestöbert, trotzdem mich Moravio an der Nase führen wollte, als er den dummen Ugorico nach dem Wege hierher fragte. Wenn er das nicht getan hätte, wäre ich vielleicht gleich nach El Paraiso gekommen. Wenn Sie jetzt brav und nett sind und mir sagen, wo Moravio geblieben ist, lasse ich Sie gleich losbinden und verspreche Ihnen, daß ich Sie im gleichen Moment freilasse, in dem ich Moravio erwischt habe. Bis dahin muß ich Sie aber bitten, hier im Hause zu bleiben.“

„Sie haben gar kein Recht, mich hier gefangen zu halten“, fuhr ihn Carmen böse an. „So?“ sagte Rodrigo. „Dann will ich Ihnen nur sagen, daß Sie einen Verbrecher bei der Flucht unterstützt haben und mir seinen Unterschlupf verheimlichen. Sie wissen wohl nicht, daß in der Hauptstadt heute nacht ein Aufruhr ausgebrochen ist. Unter den gegenwärtigen Umständen kann Sie Ihr Verhalten den Kopf kosten.“

„Will er mich einschüchtern?“ dachte Carmen. Bangemachen gilt nicht.“

„Wollen Sie nun die Freundlichkeit haben und mir sagen, wo Ihr Amigo stedt, Sennorita?“ erkundigte sich Rodrigo wohlwollend.

Carmen beschloß, ihr Schweigen nicht wieder zu brechen und tat, als beschiete sie ihn gar nicht.

„Pablo“, sagte Rodrigo zu einem der Männer, die an der Tür standen, „hol eine Reitpeitsche.“

Carmen hörte, wie die Tür geöffnet und geschlossen wurde, und wie Schritte den Gang entlang tappten. Nach einer Weile kamen die Schritte zurück. Die Tür wurde geöffnet und geschlossen. Carmen regte sich nicht.

„Sieh einer an“, meinte Rodrigo freundlich. „Ist das nicht Ihre eigene Reitpeitsche, Sennorita?“

Sie blickte die Wand an.

„Nun, wo stedt Moravio?“ fragte Rodrigo und wartete geduldig.

Als sie ihn keiner Antwort würdigte, ließ er die Gerle spielerisch über ihre Waden schnippen.

„Nun?“ fragte er.

Sie schwieg.

Er hieb die Peitsche auf den Tisch, daß es klatschte.

„Reden Sie! Oder...!“ schrie er mit rotem Kopf.

Carmen rückte zusammen.

XVIII.

Fernando war zu dem Gasthaus geritten, wo er schon am Morgen nach Mexiko zu telefonieren versucht hatte. Vor dem Haus sah er ein Kraftrad mit Beiwagen parken. Nanu, dachte er, sollten sich hier noch mehr Sommerfrischler aufhalten? Oder sollte sich Rodrigo schon eingefunden haben? Vielleicht behilft er sich anstelle seines Wagens jetzt mit einem Motorrad.

Er trat näher an das Gasthaus heran und versuchte, durch das Fenster zu blicken. Ein uniformierter Mann kehrte ihm den Rücken zu. Obwohl er den Mann nur von hinten sah, erkannte er gleich einen guten, alten Bekannten in ihm: Rodrigo. Der Kommissar hatte den Hörer des Telefons in der Hand.

Fernando wartete geduldig zwischen den Häusern der gegenüberliegenden Straßenseite, bis Rodrigo das Haus verließ, sein Motorrad

bestieg und abfuhr. Er folgte ihm rufuß und sah ihn in dem Gasthaus verschwinden, in dem er die Nacht Quartier mit Carmen genommen hatte. Neben dem Haus hielt ein großer Lastkraftwagen.

„Na, jetzt hat er ja ein tüchtiges Aufgebot auf die Beine gebracht“, murmelte Fernando. „und Carmen ist ihm genau in die Hände gelaufen.“

Er war froh, den Umweg zum Ortsfarnsprecher gemacht zu haben. Doch was war inzwischen mit Carmen geschehen? Er umschlich das Haus, ohne etwas gewahren zu können. Schließlich zog er sich zurück und beschloß, im Schatten der gegenüberliegenden Straßenseite den Verlauf der Dinge abzuwarten.

XIX.

Bevor der Kommissar zuschlagen konnte, durchfuhr Carmen der Gedanke, sich mit einer Lüge zu retten.

„Er ist in Puebla maromas“, stieß sie gepreßt hervor.

„Aha!“ rief Rodrigo. „Man braucht Ihnen nur gut zuzureden.“

Puebla maromas war eine verlässene Indiosiedlung in der Nähe einer dreißig Fuß breiten Hängebrücke, wo sie am Mittag Rast gemacht hatten. Die Gegend war durch Schluchten schwer zugänglich. Es mußte also sehr glaubhaft klingen, daß sich Fernando dort verbarg.

Rodrigo zog eine Karte aus der Brusttasche und entfaltete sie. Nachdem er sie eingehend studiert und die Entfernung abgeschätzt hatte, meinte er:

„In zwei Stunden haben wir Ihren Freund.“ Dann trieb er seine Leute zum Aufbruch an.

„Pablo“, befahl er. „Du bleibst hier und bewacht diese kleine Bestie. Wenn wir zurückkommen, will ich sie laufen lassen. Doch wehe ihr, hat sie mich belogen.“

„Lassen Sie mich sofort los“, begehrte Carmen. Im Stillen dachte sie: „Komme ich jetzt nicht frei, so prügelt er mich windelweich.“

wenn er von der ergebnislosen Jagd zurückkehrt.“

„Das eilt nicht, Palomita“, meinte Rodrigo. „Erst muß ich Ihren Amigo haben.“

Er verließ das Zimmer, und sie hörte, wie draußen die Motoren anließen. Sie wälzte sich auf die andere Seite und betrachtete Pablo, der allein zurückgeblieben war und gelangweilt auf dem Stuhle wippte.

„Oh! Oh! Oh!“ stöhnte sie. „Ich habe ja solche Schmerzen.“

Sie blinzelte ihn an. Er beschaute sie nicht.

„Sennor“, sagte sie. „Machen Sie doch meine Fesseln los. Ich habe ja solche Schmerzen.“

„Still!“ brummte Pablo barsch. „Ich darf Sie nicht loslassen.“

„Haben Sie doch Mitleid mit mir“, hub sie erneut an. „Ich laufe Ihnen bestimmt nicht weg.“

Pablo stand auf und blickte aus dem Fenster. Sie hörte, wie der Lastwagen abfuhr und wie das Rattern des Motorrades schwächer und schwächer wurde.

„Ach Sennor“, begann sie, als sich Pablo wieder gesetzt hatte. „Können Sie zu einem armen Mädchen so grausam sein? Und dabei sind Sie so ein hübscher Kerl!“

Pablo lächelte geschmeichelt und ließ sich zu einer Antwort herbei.

„Wenn's nach mir ginge, Sennorita, würde ich sie laufen lassen. Aber es geht nun mal nicht nach mir.“

„Aber ich laufe bestimmt nicht weg. Wenn die anderen wiederkommen, lasse ich mich gleich wieder binden.“

„Es geht doch nicht“, verteidigte sich Pablo. „Per bacco! Ist das ein stumpfsinniger Bursche!“ dachte Carmen.

„Was für schöne Augen Sie haben“, setzte sie ihm weiter zu. „Sie können mich beinahe schwach machen, wenn Sie mich so anblicken. Ach, sehen Sie mich doch nicht immerfort an.“

Nun stierte er sie erst recht an.

(Fortsetzung folgt)